

Kolonialisierung

Kosovo-Konflikt um die Grenzkontrolle

Von Werner Pirker

Enttäuscht mußte der serbische Kosovo-Minister Borislav Stefanovic nach stundenlangen Verhandlungen mit dem deutschen KFOR-Kommandanten Erhard Bühler feststellen, daß die Schutztruppe sich im Streit um die Grenzübergänge ganz auf die Seite der abtrünnigen Provinz gestellt habe. Was hatte er denn sonst erwartet? Das von der albanischen Organ-Mafia beherrschte Gebilde ist schließlich von den westlichen Kolonialmächten unter grober Verletzung der territorialen Integrität Serbiens ins Leben gerufen worden. Wichtige Funktionen des Staates werden deshalb auch nicht von der einheimischen organisierten Kriminalität um Bandenchef Hashim Thaci, sondern von ausländischen Machtorganen, wie der EULEX (EU-Rechtsmission) oder eben der KFOR wahrgenommen.

Daß sich kosovo-albanische Polizei der beiden Grenzübergänge Jarinje und Brnjak bemächtigte, kann deshalb auch als Versuch des Regimes in Pristina gewertet werden, sich als Staatsmacht wichtig zu machen. Die serbische Bevölkerung im Norden der Provinz, welche die Lostrennung von Serbien nicht anerkennt, wollte diese Provokation nicht hinnehmen. Auch die Regierung in Belgrad kann, selbst wenn sie es wollte, die Sezession nicht anerkennen, da das Kosovo als untrennbarer Bestandteil der Republik Serbien in der Verfassung festgeschrieben ist. Von Serbien nicht anerkannt wird deshalb auch der Kosovo-Zollstempel, weshalb auf diese Weise deklarierte Waren nicht nach Serbien gelangen. Im Gegenzug haben Thaci und Spießgesellen ein Importverbot für serbische Waren verhängt. Doch der Handel über die beiden nun eingenommenen Grenzübergänge lief weiter.

Die Kosovo-Serben im Gebiet um Mitrovica wollen sich weder vertreiben lassen, wie das dem Gros ihrer Landsleute in anderen Teilen der Provinz widerfahren ist, noch in einem albanischen Staat leben. Sie trauen dem Geschwafel der Kolonialverwalter, ein multikulturelles Kosovo schaffen zu wollen, nicht. Denn die zu jugoslawischen Zeiten multiethnische Struktur der Provinz wurde vom albanischen Ethnozentrismus zerstört und die von der NATO-Aggression entfesselten Vertreibungen der nichtalbanischen Bevölkerung von den westlichen Besatzern nicht verhindert.

Die Serben im Kosovo fühlen sich aber auch von der Regierung in Belgrad im Stich gelassen, die hinter ihrem Rücken mit den albanischen Sezessionisten Gespräche führt, um Pluspunkte für die Verhandlungen mit Brüssel zu sammeln. Je mehr Zugeständnisse die Belgrader Koalition, der – welch bittere Ironie! – auch die von Slobodan Milosevic gegründete Sozialistische Partei angehört, den EU-Granden macht, desto unverschämter werden deren Forderungen nach völliger Unterwerfung. Das Kosovo ist bereits zu einem westlichen Protektorat erniedrigt worden. Als nächstes droht die Kolonialisierung ganz Serbiens durch Brüssel. Auf diese Weise wird wohl die Aufnahme des Balkanlandes in die Europäische Union vor sich gehen.

junge Welt, 30.07.2011